

Zeit der Hoffnung

„Wahrlich, wir leben in finsternen Zeiten“ – so beginnt Brechts Gedicht „An die Nachgeborenen“ und auch viele Ansprachen und Artikel zum neuen Jahr waren sorgenvoll

Natürlich gibt es gute Gründe für gedrückte Stimmung, aber wir von der SPD-Stuttgart Nord Prag kontern mit Hölderlin und stellen uns auf die Seite der Hoffnung: „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch.“

Wir sind der Überzeugung, dass wir die großen Herausforderungen im Kleinen meistern müssen und laden Sie alle dazu herzlich ein. Von der kommunalen Klimawende, die eben auch auf der Prag und auf dem Killesberg entschieden wird bis zu den viel zu hohen Mieten in der Nordbahnhofstrasse, denen wir uns entgegenstellen.

Stuttgart Nord ist wie ein Spiegel der großen Probleme der Welt, die wir hier im Kleinen erleben und immer wieder thematisieren. Dabei haben wir als Sozialdemokraten doch Einiges erreicht – auch in der viel geschmähten Bundesregierung und mit einem Kanzler, dessen sinnvolle Vorsicht viel zu oft als Schwäche gesehen wird.

Wir von der SPD Nord freuen uns, wenn Olaf Scholz nicht der Erste sein will, der immer schwerere Waffen in die Ukraine liefert, denn als Sozialdemokrat weiß er, dass sie alleine die Probleme nicht lösen werden. Sie kosten vor allem sehr viel Geld und werden viele Menschen töten, denen wir das nicht wünschen – egal in welcher Armee. Wir haben kein Patentrezept und wissen auch keinen Ausweg – aber wir stehen zu den Vorsichtigen und Nachdenklichen.

Wenn wir vom Killesberg runter bis zum Rosensteinpark laufen, durchmessen wir auch die ganze Breite sozialer Milieus, die wir früher Klassen nannten und gegen deren bestimmenden Einfluss wir antreten. Gegen die schreiende Ungerechtigkeit zu kämpfen, ist die DNA unserer Sozialdemokratie.

Wir haben den Mindestlohn gefeiert, für den wir so lange gekämpft haben und wir halten es für ganz, ganz wichtig, dass jetzt das Steuersystem so verändert wird, dass die Einkommensmillionäre auch Steuermillionäre werden. Wir erliegen aber nicht dem populistischen Irrtum, das sei eine einfache Operation mit klarem Ergebnis. Aber wir sind stolz darauf, mit dem Bürgergeld in diesen Zeiten einen ersten Schritt gemacht zu haben, der in die richtige Richtung geht. Dass dieser Schritt möglich war, spricht für unsere Partei und für die lange Tradition, dicke Bretter zu bohren.

müssen, dann doch bitte nicht auf dem Rücken der kleinen Leute. Und da geht nicht nur um die großen Themen aus den Bundestagsdebatten. Auch wir in Stuttgart und vor allem in Stuttgart Nord können und müssen etwas tun.

Die Verkehrswende schaffen wir am einfachsten mit mehr und billigerem öffentlichem Verkehr. Wir setzen uns deshalb für die Linie am Kräherwald genauso ein wie für die Taktverdoppelung zum Killesberg. Und wenn dann auch noch der seit bald einer Generation geforderte Aufzug am Nordbahnhof endlich kommt, können auch äl-



Foto: Leon Kuegeler/photothek.de

Unser politisches System lebt vom Kompromiss und es ist ärgerlich, dass jeder zweite Kommentator darin nur Schwäche vermutet. Schaut Euch – so möchte man den Nörglern zurufen – doch einmal an, was in den USA oder in Großbritannien passiert, wenn präsidentiale Systeme in die Krise kommen. Da leben wir doch im Schlaraffenland.

Dass es uns gelingen wird, die Erderwärmung zu stoppen, ist nicht sicher. Aber wir werden dafür kämpfen und dabei die sozialen Auswirkungen im Blick behalten.

Denn das ist die Kehrseite der Medaille: Wenn wir das Klima retten

tere Menschen und solche mit Kinderwagen die S-Bahn nutzen.

In den letzten Monaten haben wir wieder neu gelernt, dass sogar die überzeugtesten Liberalen in dem Moment nach dem Staat rufen, in dem ihre Pfründe in Gefahr geraten. Diese Schwäche sollten wir nun nutzen und schnell durchsetzen was nottut: Bezahlbaren Wohnraum für alle, höhere Steuern für die, die gut verdienen, niedrigere für die Ärmeren. Kostenlose Kindergärten und Horte und viel Geld für die Kultur. Damit es dann auch wirklich etwas wird mit dem „Sozialdemokratischen Zeitalter“.

Martin Himmelsbach

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie halten unsere Stadtteilzeitung in den Händen, die wir seit Jahrzehnten in unterschiedlichen Abständen herausbringen – aber keineswegs nur, wenn Wahlen anstehen! Eine fundierte Berichterstattung über Probleme und Projekte des Stadtteils ist noch wichtiger geworden, seit Stuttgarter Zeitung und Stuttgarter Nachrichten im Juni die Stadtteilbeilage gestrichen haben. Über die Sitzungen des Bezirksbeirats wird seitdem überhaupt nicht mehr berichtet und damit entfallen viele Themen, die unseren Stadtteil betreffen. Wir halten das für einen Skandal und haben versucht, hier auf politischem Wege tätig zu werden. Aber leider sind auch Gesprächsversuche von Gemeinderatsfraktion und Oberbürgermeister an der Südwestdeutschen Medienholding, der die beiden Zeitungen gehören, erfolglos abgeprallt. Eine der wichtigsten Aufgaben einer Zeitung, die kritische Begleitung der Kommunalpolitik und der Verwaltungstätigkeit, wird den Renditevorgaben der Eigentümer geopfert. Auch die Angestellten der Zeitungen (und der Druckerei) müssen darunter leiden: Das Personal wird um etwa ein Viertel reduziert. (Die Online-Angebote sind hier kein Ersatz: „Kommunalpolitik findet online nicht statt“, sagte ein jüngerer Genosse bei der SPD-Kreiskonferenz zum Thema).

Ein ehrenamtlich erstelltes und weitgehend eigenfinanziertes Blättchen kann keinen täglichen Lokalteil ersetzen. Wir wollen jetzt die letzten Beschlüsse des Bezirksbeirats, die vielfach auf Anträge unseres Bezirksbeirats Axel Alt zurückgehen, auf unserer Homepage auflisten. Dort (www.spd-stuttgart-nord.de) finden Sie auch die letzten Ausgaben unserer Stadtteilzeitung. Bleiben Sie uns gewogen!

Ihr Gottfried Schmitt
Vorsitzender des SPD-Ortsvereins
Stuttgart-Nord/Prag



„Rote Wand“ – Bankrotterklärung der Stadtverwaltung

Kennen Sie den Satz „Wir brauchen dringend bezahlbare Mietwohnungen“?

Gegenüber der Killesberghöhe, auf dem Parkplatz der ehemaligen Messe, liegt seit 15 Jahren ein Bauland brach, das der Stadt Stuttgart gehört. 2007 sollte der österreichische Investor Fürst erst ein Modezentrum, dann ein Wellness-Center plus Wohnungen bauen – beides scheiterte klang-

zu einem Quadratmeterpreis von 9,50 € baut werden – aber eben nur dann, wenn deren Finanzierung auch möglich wird.

Deshalb wollte der Bezirksbeirat Nord von der Stadtverwaltung erfahren, warum auch nach der notwendigen Zwischennutzung des

Die Stadt hat den Investoren Archy Nova, der Filderbaugenossen-schaft sowie 2 privaten Baugemeinschaften noch immer keine Baugenehmigung erteilt, obwohl bereits vor einem Jahr die Verträge unterschriftsreif waren. Dann erkrankte ein Sachbearbeiter im Baurechtsamt schwer, musste er-

Explodierende Kosten für Material und Handwerker lassen die Kalkulation für den Wohnungsbau auf dem Areal aus dem Ruder laufen. Ab Januar 2023 werden bei jedem Mitglied der Baugemeinschaften Bereitstellungszinsen für Kredite in Höhe von bis zu 1.500 € pro Monat fällig, obwohl noch kein einziger Spatenstich getan ist!

Im Rahmen des „Bündnisses für Wohnen“ haben die Ankermieter schon rechtzeitig im Dezember 2021 Anträge für Zuschüsse gestellt, die im Gemeinderat der Stadt eingebracht werden sollten. Doch auch hier ist bislang nichts passiert!

Der Bezirksbeirat Nord hat daher einstimmig einen Antrag verabschiedet, der die Stadtverwaltung zu einer Stellungnahme für diese Verzögerungen auffordert.

Die Bezirksbeiräte haben bis heute keinerlei Antwort erhalten!

Auf eine Anfrage der Stuttgarter Zeitung ließ Baubürgermeister Peter Pätzold derweil verlauten: „Ihre Fragestellung zur Roten Wand wird zum aktuellen Zeitpunkt noch verwaltungsintern abgestimmt.“

Ein genauer Zeitplan für den geplanten Wohnungsbau ist weiterhin nicht in Sicht!

Axel Alt



Links die Killesberghöhe, im Hintergrund die Brenzkirche.
Foto: Axel Alt

los.

2012 wurde das Gelände neu ausgeschrieben: In den jetzt projektierten 5 „Wolkenhäusern“ sollen insgesamt 118 Wohneinheiten entstehen. Davon sollen 17 als preisreduzierte Mietwohnungen

Geländes für Geflüchtete nach weiteren 3 Jahren bis Ende 2022 noch immer kein Baustart in Sicht ist.

In der öffentlichen Sitzung am 17. Oktober war dazu Unglaubliches zu hören:

setzt werden, und der Nachfolger setzte alle Verhandlungen zurück auf Null.

Wir fragen uns: wo bleibt hier die Dienstaufsicht des Vorgesetzten beim Baurechtsamt? Ein ganzes Jahr Verzögerung heisst:

Container City – Räumung verschoben

Der Kunstverein Wagenhallen freut sich auf ein weiteres Jahr Container City. Kurz vor Ablauf der Räumungsfrist zum 31. Oktober 2022 hat die Stadt Stuttgart entschieden, dass die Container nun doch erst Ende Oktober dieses Jahres weichen müssen. Die Stadt bestätigt den veränderten Zeitplan. Hintergrund sind Baumaßnahmen für die geplante sogenannte Maker City Rosenstein auf dem Gelände rund um die Wagenhallen. Hierfür sind zunächst Ver-

grämungsmaßnahmen für den Tierbestand, insbesondere der Eidechsen, geplant. Diese könnten nun in einem Zeitabschnitt 2024 stattfinden und nicht in mehreren von 2023 an. Da der Rückbau des Containerdorfs begonnen hat und einige Bewohner bereits ausgezogen sind, werde laut einer Mitarbeiterin des Kunstvereins Wagenhallen nun umgeplant. Man freue sich dennoch sehr über die Verlängerung um ein Jahr. (Kunstverein Wagenhallen)



Foto: Himbu

Auch diese beiden Bauzugwägen stehen im Containerdorf.

Die Wärmewende ist der dickste Brocken

Nach dem xten heißen Sommer fast in Folge leugnen nur noch ein paar hartnäckige AfDler, dass der Klimawandel auch in Deutschland längst angekommen ist

Wenn Hitze und Dürre nicht immer schlimmer werden sollen, müssen wir die Kohlendioxid-Emissionen in allen Bereichen schneller und stärker reduzieren als bisher gedacht. Baden-Württemberg will 2040 klimaneutral sein, die Stadt Stuttgart sogar schon 2035 – dazu wurde im August ein Gemeinderatsbeschluss gefasst, den man sicher historisch nennen kann. Es geht vor allem um drei Bereiche:

Beim Verkehr ist die Klimaneutralität eigentlich noch am einfachsten. Mehr zu Fuß gehen und Fahrrad fahren, mehr Stadtbahnen und

tungen zu bewahren, soweit sie nicht zu Kernkraftwerken führten) und an Speichermöglichkeiten: nachts ist nichts mit Photovoltaik, und auch der Wind legt sich dann auch schon mal schlafen. Und ob die Entscheidung der EnBW, die Stuttgarter Kraftwerke Gaisburg und Münster von Kohle auf Gas umzustellen, aus heutiger Sicht wirklich klug war, darf man bezweifeln...

Am schwierigsten ist der Ersatz - oder die Einsparung - von Öl und Gas aber bei Heizung und Warmwasser. Hier haben Gas und Heizöl den höchsten Anteil. Wie die

sich die notwendigen Investitionen in eine „Wärmewende“ nicht in überschaubarer Zeit amortisieren. Das heißt: Viele Wohnungseigentümer werden hier ohne erhebliche staatliche Zuschüsse gar nichts tun. Und andere werden sich ihre Investitionen von ihren Mietern bezahlen lassen, indem sie sie auf die Mieten umlegen. Es ist zulässig, acht Prozent der Investitionen auf die Jahresmiete umzulegen. Das bedeutet: Eine energetisch sanierte Wohnung wird mehrere hundert Euro im Monat teurer, ohne dass die Nebenkosten in annähernd gleichem Ausmaß sinken. Hier liegt sozialer Spreng-



Foto: Steffen Klan, Gottfried Schmitt

S-Bahnen, und Autos, Lkws und Busse mit Batterieantrieb (oder Oberleitungen?!). Der Strom muss nur aus erneuerbaren Energien kommen.

Auch beim Strom kann man sich das noch irgendwie vorstellen: Schon heute kommt er fast zur Hälfte aus erneuerbaren Energien. Die andere Hälfte wird aber schwieriger, es fehlt an Übertragungsleitungen für Windstrom aus Norddeutschland (vor fünf Jahren gehörte es noch zu den Lieblingsprojekten der CSU, bayrische Menschen vor oberirdischen Stromlei-

Fernwärme ohne Kohle und Erdgas eine größere Rolle spielen soll, kann man nur spekulieren – Biogas und die Müllverbrennung im Kraftwerk Münster können nur einen Teil auffangen. Und „grünen“, also mit erneuerbaren Energien hergestellten Wasserstoff, wird es noch lange nicht in ausreichender Menge geben. Letztlich bedeutet das: In sehr vielen Gebäuden wird es auf Wärmepumpen hinauslaufen müssen. Und fast alle Häuser werden deutlich besser gedämmt werden müssen. Beides kostet viel Geld. Und im Gegensatz zu Verkehr und Stromerzeugung werden

stoff in Massen – und eine Menge Aufgaben für Stadt, SWSG und Genossenschaften: Sie müssen Konzepte entwickeln, wie mit Hilfe von Zuschüssen die Wärmewende rechtzeitig angeschoben werden kann, ohne dass viele Mieter um ihre Wohnung fürchten müssen. Das ist fast die Quadratur des Kreises – aber alle Anstrengungen wert!

Gottfried Schmitt

Fernwärme und Klimaschutz

Auf ihrer Homepage schreibt die EnBW: „Von Stuttgart über Esslingen bis nach Plochingen reicht das größte der EnBW-Fernwärmenetze, das rund 28.500 Wohnungen, 1.400 Firmen und 380 öffentliche Gebäude in der Region Stuttgart mit Fernwärme versorgt und dessen Anfänge bis in das Jahr 1935 zurückreichen. Die Erzeugung erfolgt an den drei Heizkraftwerkstandorten Stuttgart-Münster, Stuttgart-Gaisburg und Altbach/Deizisau sowie dem Spitzenheizwerk in der Stuttgarter Marienstraße. Die maximale Fernwärmeleistung beträgt 966 MW. Der ausgewogene Brennstoffmix zur Fernwärmeerzeugung aus im Wesentlichen Steinkohle, Abfall und Erdgas garantiert eine sichere und zuverlässige Fernwärmeerzeugung bei gleichzeitig höchster Effizienz durch einen Kraft-Wärme-Kopplungsanteil an der Fernwärmeerzeugung von rund 90%.“

Natürlich hat die Fernwärmeversorgung nicht nur Vorteile. Dem Wegfall des Heizkellers steht die Abhängigkeit vom Versorger entgegen. Die positiven Effekte für die Umwelt sind natürlich abhängig von der Umweltbilanz der zentralen Erzeugung und nicht zuletzt ist der Wirkungsgrad der Fernwärme natürlich von der Entfernung abhängig, die mit Leitungen überbrückt werden muss.

Auch beim Spaziergang durch den Stuttgarter Norden stößt man immer wieder auf die Fernwärmeleitungen. Wir von der SPD wollen darauf hinarbeiten, dass Fernwärme eine noch wichtigere Rolle bei der Versorgung der Wohnungen spielen wird – aber natürlich mit möglichst klimaschonender Energieerzeugung.

Himbu



Foto: Himbu

Wärmenetz hinter den Wagenhallen

Katrin Steinhülb-Joos:

Bares wird Rares

Die SPD-Landtagsabgeordnete zum Filialsterben der BW Bank

Manchen von uns fällt gar nicht auf, dass es immer weniger Bankfilialen gibt. Onlinebanking, Kartenzahlung, Bezahlen mit dem Handy – es gibt mittlerweile sehr viele Möglichkeiten, ohne Bargeld durch den Alltag zu kommen. Doch davon sind eine ganze Reihe von Menschen ausgeschlossen, gerade, wenn sie älter sind.

Deshalb habe ich mir mal die Situation der BW Bank hier in Stuttgart angeschaut und festgestellt, dass es immer weniger Filialen gibt, obwohl das Kreditinstitut hier in der Landeshauptstadt die Funktion einer Sparkasse erfüllen soll – also einen Versorgungsauftrag hat. Ich habe daraufhin eine Kleine Anfrage an die Landesregierung formuliert und siehe da: Der Verdacht, den viele schon länger hegten, hat sich erhärtet.

Im April 2021 hat die BW Bank in Stuttgart 97 Standorte betrieben, im August 2022 waren es noch 86. Damit ist klar: Innerhalb von nicht einmal eineinhalb Jahren hat die Bank elf Standorte geschlossen,

und zwar besonders jene, in denen noch ein Mitarbeiter für die Kunden da war.

Das ist ein ernüchterndes Ergebnis. Besonders in Stadtteilen wie Luginsland oder Rohracker ist das Angebot richtig ausgedünnt, obwohl Bank-Standorte maximal einen Kilometer Luftlinie voneinander entfernt sein sollten. Auch im Stuttgarter Norden wird diese Anforderung schon teilweise nicht mehr erfüllt. Wer etwa vom Bereich des Bismarckturms aus die nächste Versorgungsstelle erreichen will, hat einen weiten Weg vor sich.

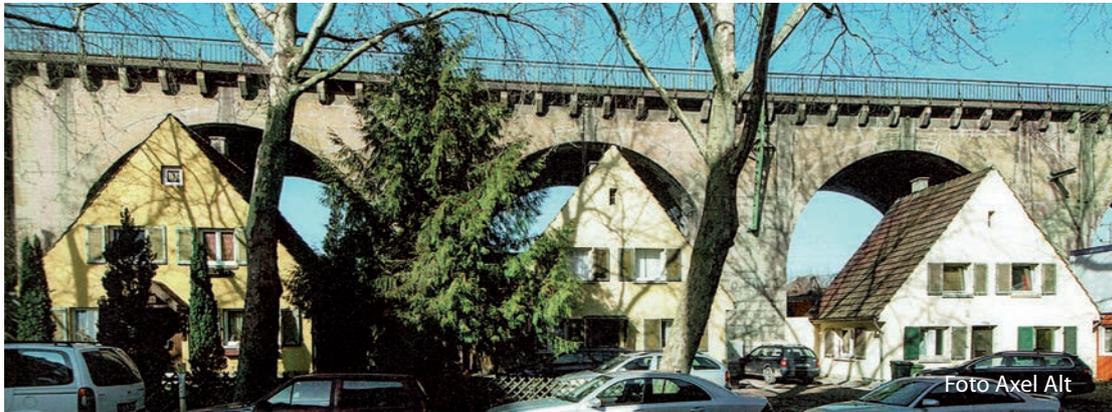
Die Folge: Ältere Menschen, die mit dem Onlinebanking nicht vertraut und in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, bleiben auf der Strecke. Kommt die BW Bank da eigentlich noch ihrem Versorgungsauftrag nach?

Einerseits kann ich verstehen, dass sich die BW Bank dem geänderten Nutzungsverhalten durch die Digitalisierung anpasst. Aber der Versorgungsauftrag muss immer die oberste Maxime bleiben.



Katrin Steinhülb-Joos ist seit 2021 Stuttgarter SPD-Landtagsabgeordnete

Wenn Sie mitbekommen, dass wieder eine Filiale oder ein Geldautomat der BW Bank verschwinden soll, dann melden Sie mir das bitte per E-Mail an katrin.steinhuelb-joos@spd.landtag-bw.de. Ich bleibe gerne an der Sache dran.



Die "Hexenhäuschen" in der Rosensteinstraße

Zukunft der Hexenhäuser

Viele Geschichten erzählt man sich über die drei Häuschen unter dem alten Gäubahnviadukt, der bereits im 19. Jahrhundert erbaut wurde. Doch wie alt sind die Häuser, die schon länger „stadtbildprägend“ auf offiziellen Postkarten der Stadt Stuttgart zu finden sind? Nach den Zerstörungen des 2. Weltkriegs war die Wohnungsnot immens. Ein Bauprogramm für „platzsparendes Wohnen“ schuf die Drillinge als Zeugen der damaligen Zeit. Die äl-

testen Nachbarn wissen noch, dass im linken Haus einst ein Milchladen betrieben wurde. Und im rechten Häuschen wurden damals Wahlplakate für den unvergessenen Förderer der Eisenbahnerwohnungen auf der Prag geklebt: Ernst Haar, langjähriger Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner, Parlamentarischer Staatssekretär unter Willy Brandt im Post- und Verkehrsministerium bis 1979. Und wie sieht die Zukunft der städtischen Häuschen aus, die

leider marode sind und nicht unter Denkmalschutz stehen? Im März 2022 hat das Stadtplanungsamt dem Bezirksbeirat Nord mitgeteilt, dass der Erhalt der Hexenhäuschen gesichert sei.

Aber leider mit einem Haken: Der Gemeinderat muss der Finanzierung einer Sanierung erst noch zustimmen ...

Axel Alt

SPD Stuttgart Nord/Prag

Neues vom Killesberg

Ein internationaler städtebaulicher Ideenwettbewerb mit vier sehr unterschiedlichen und dennoch benachbarten Fragestellungen wurde 2022 entschieden. Mit dem ersten Preis ausgezeichnet wurden die Stuttgarter Büros Schmutz & Partner mit Scala und Pfrommer + Roeder. Ihr Konzept gibt der Kunstakademie mit Neubauten an der Stresemannstraße und am Adolf-Schlemmer-Weg räumliche Erweiterung und eine Erschließung, die als Rundlauf die verschiedenen vorhandenen und geplanten Gebäude verknüpft. Da wo jetzt Trafo, WC und die geschlossene 1/1-Bar stehen, wird ein Neubau vorgesehen, der für die Internationale Bauausstellung 2027 (IBA27) und danach die Besucher der Weißenhofsiedlung empfangen, informieren und auch mit Kaffee und WC versorgen soll und zugleich eine Selbstdarstellung der Akademie ermöglicht. Die Weißenhofsiedlung selbst wird, wie zu erwarten war, nur behutsam berührt, indem das freie Grundstück am Bruckmannweg auch in Zukunft Experimente wie den vergangenen Sobek-Pavillon aufnehmen kann und die Straßenräume ein bisschen freundlicher für Fußgänger werden sollen. Die Brenzkirche erfährt keineswegs ihr zukünftiges Erscheinungsbild, aber der seither lähmende Zwist zwischen den Befürwortern des Zustands von 1933 und den Befürwortern des Nazi-Gewands von 1936 wird durch dritte und vierte und fünfte Möglichkeiten aufgebrochen. Als Kirche auf der Sahnehaube wird eine Verkehrsberuhigung der Straße Am Kochenhof vorgeschlagen.

Damit hätte die Stadt Stuttgart ja nun eine Basis, um weiter machen



zu können. Es gibt einen ersten Preisträger. Es gibt ein städtebauliches Rahmenkonzept. Der bereits →

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Wie weiter mit der Panoramabahn?

Die „Panoramabahn“, das ist die Bahnstrecke, die vom Hauptbahnhof an Nordbahnhof und Wagenhallen vorbeiführt und dann den Stuttgarter Kesselrand entlang nach Stuttgart-Vaihingen hochklettert, mit wunderschönen Blicken nach Stuttgart hinunter. Von dort führt sie als Gäubahn weiter über Herrenberg und Rottweil an die Schweizer Grenze. Obwohl sie schon seit 1879 existiert und man damit direkt nach Zürich fahren kann, ist sie wenig im Bewusstsein der Bevölkerung verankert – nach Böblingen fährt man eher mit der S-Bahn. Mit Stuttgart 21 soll der Anschluss an den alten Kopfbahnhof natürlich wegfallen, und nach den ursprünglichen Planungen für S 21 hätte das auch das Aus für die gesamte Strecke bis Vaihingen bedeuten sollen: Vor über 20 Jahren hat die Stadt Stuttgart die Bahnstrecke bis kurz vor der Station Österfeld gekauft, genau wie die Flächen des Abstellbahnhofs oder des Inneren Nordbahnhofs. (Man kann sich gut vorstellen, dass es da manchem Immobilien-„entwickler“ in den Fingern juckte: Halbhöhenlage, beste Wohngegend...)

Das scheint zum Glück vom Tisch zu sein: Land und Verband Region Stuttgart sind sich einig, dass man, wenn man es mit der Verkehrswende auch nur halbwegs ernst meint, diesen Schatz nicht leichtfertig aus der Hand geben darf: Eine Bahnstrecke, die nicht nur durch dicht besiedelte Gebiete in Stuttgart führt, sondern auch das Rückgrat für viele denkbare Tangentialverbindungen nach Feuerbach und Cannstatt darstellt, heute noch einfach stilllegen, das geht wirklich nicht! Aber einfach ist die Konstellation nach wie vor nicht: Die Stadt Stuttgart als Eigentümerin der Bahntriestücke hält sich weiterhin sehr vornehm mit Aktivitäten zurück. Die DB Netz AG als Betreiberin der Eisenbahninfrastruktur wollte die Strecke bis zum Sommer wie vor 20 Jahren geplant einfach stilllegen und abbauen. Der Verband Region Stuttgart sieht sich nicht in der Pflicht, solange dort keine S-Bahn verkehren soll. Und das Land, das für den Eisenbahn-Regionalverkehr zuständig ist, verquickte das Thema

etwas unglücklich mit einer Idee von einem unterirdischen Ergänzungsbahnhof neben dem neuen S 21-Hauptbahnhof. Aber eine Sitzung des S 21-Lenkungskreises im Juli 2022 brachte hoffentlich einen Durchbruch: Die Panoramabahn bleibt zumindest bis zum Nordbahnhof erhalten, der vorgesehene „Nordhalt“ zwischen S-Bahn und U-Bahn-Löwentorbrücke soll kommen, und für die Infrastruktur soll eine neue Betriebsgesellschaft gegründet werden, da DB Netz dafür nicht mehr zuständig sein will.



Foto: Gottfried Schmitt

Ein Regionalexpress auf der Panoramabahn

Darauf muss jetzt aufgesetzt werden: Land, Region und Stadt Stuttgart müssen sich auf eine neue Infrastruktur-Betriebsgesellschaft verständigen. (Das geht: Allein in Baden-Württemberg gibt es über 500 Kilometer Bahnstrecken mit Personenverkehr, die nicht vom DB-Konzern betrieben werden.) Und sie müssen rasch eine sogenannte Nutzen-Kosten-Untersuchung in Auftrag geben, mit der die Förderfähigkeit der Modernisierung und die beste Angebotsvariante ermittelt werden. Die Chancen stehen sehr gut; wahrscheinlich wäre eine Kombination aus einem schnellen Regionalverkehr und einem S-Bahn-Angebot mit zusätzlichen Zwischenhalten sinnvoll. Damit bekämen viele Anwohner einen Zugang, und auch der Verband Region Stuttgart wäre mit im Boot. Aber das alles sollte schnell gehen, denn eine lange Betriebsunterbrechung nach der Inbetriebnahme von S 21 oder gar eine förmliche Stilllegung könnte

den Bestandsschutz gefährden und eine Wiederinbetriebnahme massiv erschweren. Da bleiben wir als SPD-Ortsverein dran!

Ungelöst bleibt aber eine Frage, seit der Plan, die Fernzüge auf S-Bahn-Gleisen von Böblingen zum Flughafen fahren zu lassen, an technischen und politischen Hindernissen gescheitert ist: Wie kommt man nach Inbetriebnahme des neuen Tiefbahnhofs von Stuttgart nach Zürich? Ein Plan, die Züge von der Kreuzung der Gäubahn mit der Autobahn im Dürlewangwald und am Fasanenhof vorbei bis zum Ende des Stuttgart-21-Tunnels neben der Bundesstraße 27 südlich des Gewerbegebiets Schelmenwasen parallel zur Autobahn in dem bestehenden Lärmschutzwall einzugraben, wurde fallen gelassen, bevor die Tinte trocken war.

Stattdessen will die DB nun die Strecke von Böblingen zum Flughafen in einem 11 km langen Tunnel führen, für den bisher weder Finanzierung noch Planrecht absehbar sind. Kosten von einer Milliarde Euro werden aufgerufen. In dem Betrag ist kein Baukostenzuschlag nach dem Ukrainekrieg enthalten und keine Berücksichtigung des Milliardenlochs im Bundeshaushalt für die Coronakosten. Auf jeden Fall wird dieser sogenannte Pfaffensteigtunnel nicht bis zur Fertigstellung des neuen Bahnhofes Stuttgart 21 fertig sein (derzeit für Ende 2025 vorgesehen). Die DB spricht von 2033, realistisch ist wohl eher 2038 oder 2040.

Was wird so lange aus den Fahrgästen der Fernzüge von Süden nach Stuttgart? Bisher wollte die DB die Züge aus dem Süden solange in Stuttgart-Vaihingen enden lassen und die Fahrgäste auf die S-Bahn und die Stadtbahn verweisen. Kaum jemand, der mit Gepäck von Rottweil nach Frankfurt oder von Zürich nach Nürnberg will, wird sich das antun.

Das Landes-Verkehrsministerium in Stuttgart schlägt vor, die Gäubahn in einen Rest-Kopfbahnhof am Bonatzbau fahren zu lassen, solange die Führung über den Pfaffensteigtunnel noch nicht in Betrieb ist. Damit wäre das Umstiegs-

problem für die Relation Stuttgart – Zürich entschärft. Aber: Auf dem Gleisbogen zwischen Mittnachtstraße und dem neu geplanten Wohngebiet Rosenstein und weiter parallel zur Athener Straße würden weiterhin Züge fahren, und zwar nach Meinung des Landesverkehrsministers oberirdisch, nur mit Brücken, Tunnels oder Bahnübergängen zu queren. Der Wohnungsbau im geplanten Gebiet Rosenstein müsste teilweise um Jahrzehnte verschoben, zum Teil aufgegeben werden. Der unbestrittene Gewinn des Projekts Stuttgart 21, die Barriere zwischen Stöckach und Stuttgart-Nord aufzuheben, wäre aufgegeben. Ein Traum, der sofort die Frage aufwarf, ob nicht auch die Cannstatter Straße im Untergrund verschwinden könnte, wenn die Bahnschneise wegkommt. Wohltönende Ziele der Landesregierung wie weniger Flächenverbrauch durch Wohnen in der Stadt, Wohnen und Arbeiten mit kurzen Wegen in der Stadt, Aufenthaltsqualität in Freiräumen in der Stadt werden durch die Erneuerung der hässlichen Bahnschneise ad absurdum führt, die Stuttgarts Innenstadt zerschneidet wie eine Berliner Mauer. Ist es das wert?

Gottfried Schmitt, Sebastian Sage

Fortsetzung Neues vom Killesberg

vorher angepeilte Standort für das Informationsgebäude ist bestätigt. Aber jetzt entsteht eine Diskussion, ob der zweite Preis nicht doch besser der erste geworden wäre. Damit ist schon wieder Zeit vergangen. Nach der Pleite, dass das Opernprovisorium erst ein Jahr nach der IBA 2027 fertig werden soll, muss plötzlich alles schnell gehen. Ausgeschrieben wird ein Paket aus Erstellung des Gebäudes in Holzbauweise, Betrieb des Informationsgebäudes und dann auch noch Planung. Deutlich kommt die Architektur dabei erst an dritter Stelle. Vergessen der städtebauliche Wettbewerb und sein erster Preisträger. Das soll die Visitenkarte der Internationalen Bauausstellung 2027 anlässlich des hundertsten Geburtstags der Bauausstellung 1927 am Weißenhof werden? Das lässt für die Ausstellung Schlimmes befürchten.

Sebastian Sage

Deportation in den Tod

Zum Gedenken an die letzte große Deportation von Jüdinnen*Juden vom Stuttgarter Nordbahnhof und die daraus für die Gegenwart und Zukunft zu ziehenden Lehren

Von Thomas Tews

Vor 80 Jahren erfolgte die letzte große Deportation vom Stuttgarter Nordbahnhof, zu der Jüdinnen*Juden aus 58 Orten in Württemberg, Hohenzollern und anderen Landesteilen auf Anordnung der Gestapo auf den Killesberg gebracht wurden. Dort mussten sich die Verschleppten strengen Kontrollen unterziehen, wurden all ihrer Besitztümer beraubt und unter unmenschlichen Bedingungen in der 1938 für die Reichsgartenschau errichteten „Ehrenhalle des Reichsnährstandes“ beim Haupteingang des Volksparkes

Die Zugfahrt dauerte zwei Tage. Viele überlebten die ersten Tage und Wochen in Theresienstadt nicht. Fast alle anderen wurden in den Folgemonaten dort oder im Vernichtungslager Treblinka, an der Vernichtungsstätte Maly Trostinez oder im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz ermordet. Nur 48 der 1078 deportierten Jüdinnen*Juden überlebten.

Unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, und mit Unterstützung der Präsidentin des Landtages von Baden-Württemberg, der Landeshauptstadt Stuttgart, des Landesbischofs der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, des Bischofs der Diözese Rottenburg-Stuttgart sowie der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württemberg (IRGW) hatte der Verein Zeichen der Erinnerung e.V. in Kooperation mit 21 Initiativen und Institutionen eine Gedenkveranstaltung für die im August 1942 von Stuttgart deportierten und ermordeten Jüdinnen*Juden am Sonntag, den 21. August 2022 organisiert.



Stilles Gedenken mit Rabbiner Jehuda Puschkin neben dem Gedenkstein im Höhenpark Killesberg am 21. August 2022

Killesberg interniert. Acht Menschen starben in dem Sammelager, zwölf weitere wurden sterbend zurückgelassen.

Am Morgen des 22. August 1942 mussten die Jüdinnen*Juden vom Killesberg an der Brenzkirche vorbei durch den Pragfriedhof zum Inneren Nordbahnhof bei der Evangelischen Martinskirche gehen. Kranke, nicht mehr gehfähige Menschen und Familien mit kleinen Kindern wurden mit Lastwagen bzw. Bussen vom Killesberg zum Inneren Nordbahnhof gebracht. Von dort wurden alle mit der Reichsbahn in Begleitung von Gestapo und Schutzpolizei in das Konzentrationslager Theresienstadt deportiert.

Diese begann um 14 Uhr im Höhenpark Killesberg mit einem stillen Gedenken mit Rabbiner Jehuda Puschkin von der Jüdischen Gemeinde Stuttgart neben dem – nach einem Entwurf des Bildhauers Ludwig Albrecht von Hauff realisierten und am 24. Juni 1962 eingeweihten – Gedenkstein „zum Gedenken an die mehr als 2000 jüdischen Mitbürger, die während der Zeit des Unheils in den Jahren 1941 und 1942 von hier aus ihren Leidensweg in die Konzentrationslager und in den Tod antraten“.

Anschließend konnten die Teilnehmenden den Weg der deportierten Jüdinnen*Juden vom Killesberg

zum Inneren Nordbahnhof nachgehen. Dort begann um 16 Uhr an der Gedenkstätte „Zeichen der Erinnerung“ die Hauptveranstaltung, u. a. mit einer Ansprache von Michael Kashi aus dem Vorstand und der Repräsentanz der IRGW sowie einem Gebet von Kantor Nathan Goldmann von der Jüdischen Gemeinde Stuttgart.

Aus dem Gedenken an die Deportation der Jüdinnen*Juden vom Stuttgarter Nordbahnhof sollten wir den Auftrag für die Gegenwart und Zukunft ableiten, uns entschlossen allen Formen des Antisemitismus, einschließlich des – leider stetig zunehmenden – israelbezogenen Antisemitismus, entgegenzustellen. Der Journalist Stefan Laurin kritisierte jüngst in einem Kommentar „die deutsche Gedenkkultur“, in der ausschließlich die Opfer des Nationalsozialismus zählen, aber Israel und die lebenden Juden kaum eine Rolle spielen, ja sogar eher stören“. „Bei den Gedenkritualen wird das immer gleiche ‚Nie wieder‘ beschworen, im Alltag hingegen goutiert man Antisemitismus und Israelhass.“ Der sprunghafte Anstieg um fast 50 Prozent von antisemitisch motivierten Straftaten in Baden-Württemberg von 228 im Jahr 2020 auf 337 im vergangenen Jahr sollte uns als Weckruf dienen, dass wir den Kampf gegen den alltäglichen Antisemitismus in unseren Städten und Stadtteilen noch intensiver und engagierter führen müssen.

Impressum

Nordlicht – Prag aktuell ist die Zeitung des SPD-Ortsvereins Stuttgart Nord /Prag

Herausgeber: SPD Ortsverein Nord/Prag, Gottfried Schmitt, Mahatma-Gandhi-Str. 34, 70376 Stuttgart
www.spd-stuttgart-nord.de
Herstellung: Mediendesign Jörg Munder
Druck: visityou Druckerei Haag

Sie sind herzlich eingeladen, bei uns mitzumachen. Email an gottfried.e.schmitt@web.de genügt.

Dies und Das aus dem Norden

WLAN für Flüchtlinge

Nun feiert der Gemeinderatsbeschluss, dass die Flüchtlingsunterkünfte endlich WLAN erhalten sollen, bald seinen zweiten Geburtstag. Passiert ist nichts. Die Unterkunft in der Nordbahnhofstraße wird weiterhin von einer Kooperation aus Freifunk, SPD-Stuttgart Nord und Nachbarn versorgt. In der Tunzhoferstraße müssen die Bewohner teure Prepaid Karten kaufen, um Kontakt zu Ihren Angehörigen zu halten oder einen Internet-Sprachkurs zu nutzen. Wir bleiben dran.



Die Unterkunft in der Nordbahnhofstraße

Interimsoper

Es scheint, dass wir den Kampf gegen die Interimsoper verloren haben. Sie wird für unglaublich viel Geld neben den Wagenhallen entstehen und das Containerdorf vertreiben. Ein unglaublich teurer kommunaler Fehler im gleichen Stadtteil, in dem das Theaterhaus mit 2 Millionen Euro Zuschuss der Stadt 350.000 Besucher zählt – viel mehr als die Oper, die nur auf 230.000 Besucher kommt, die aber die Stadt 50 Millionen Euro Zuschuss kosten und denen jetzt für über eine Milliarde Euro noch ein neues Haus gebaut werden soll.

